

Wenn sie ein oder mehrere öffentliche Verkehrsmittel benutzen, ohne über einen Freifahrtschein zu verfügen, haben sie auf Vorlage ihrer Fahrscheine statt der in Artikel XI.V.1 erwähnten Beteiligung ein Anrecht auf Erstattung ihrer Fahrtkosten, die jedoch auf die Benutzung der zweiten Klasse zwischen Wohnsitz beziehungsweise Zwischenbahnhof und Arbeitsplatz und umgekehrt beschränkt sind.»

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am ersten Tag des Monats nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 3 - Unser Minister der Justiz und Unser Minister des Innern sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. Januar 2006

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Vizepremierministerin und Ministerin der Justiz
Frau L. ONKELINX

Der Vizepremierminister und Minister des Innern
P. DEWAELE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 1634

[C - 2008/00419]

21 APRIL 2007. — Koninklijk besluit tot wijziging van de modaliteiten voor de indiening van de aanvraag met het oog op het bekomen van de uitkeringen voorzien in het koninklijk besluit van 21 december 1967 tot vaststelling van het algemeen reglement betreffende het rust- en overlevingspensioen voor werknemers en in het koninklijk besluit van 23 mei 2001 tot instelling van een algemeen reglement betreffende de inkomensgarantie voor ouderen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 21 april 2007 tot wijziging van de modaliteiten voor de indiening van de aanvraag met het oog op het bekomen van de uitkeringen voorzien in het koninklijk besluit van 21 december 1967 tot vaststelling van het algemeen reglement betreffende het rust- en overlevingspensioen voor werknemers en in het koninklijk besluit van 23 mei 2001 tot instelling van een algemeen reglement betreffende de inkomensgarantie voor ouderen (*Belgisch Staatsblad* van 7 mei 2007).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 1634

[C - 2008/00419]

21 AVRIL 2007. — Arrêté royal portant modification des modalités d'introduction de la demande en vue de l'obtention des prestations prévues par l'arrêté royal du 21 décembre 1967 portant règlement général du régime de pension de retraite et de survie des travailleurs salariés et par l'arrêté royal du 23 mai 2001 portant règlement général en matière de garantie de revenus aux personnes âgées. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 21 avril 2007 portant modification des modalités d'introduction de la demande en vue de l'obtention des prestations prévues par l'arrêté royal du 21 décembre 1967 portant règlement général du régime de pension de retraite et de survie des travailleurs salariés et par l'arrêté royal du 23 mai 2001 portant règlement général en matière de garantie de revenus aux personnes âgées (*Moniteur belge* du 7 mai 2007).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 1634

[C - 2008/00419]

21. APRIL 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Modalitäten für die Einreichung des Antrags im Hinblick auf den Erhalt der Leistungen, die vorgesehen sind im Königlichen Erlass vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger und im Königlichen Erlass vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 21. April 2007 zur Abänderung der Modalitäten für die Einreichung des Antrags im Hinblick auf den Erhalt der Leistungen, die vorgesehen sind im Königlichen Erlass vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger und im Königlichen Erlass vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT

21. APRIL 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Modalitäten für die Einreichung des Antrags im Hinblick auf den Erhalt der Leistungen, die vorgesehen sind im Königlichen Erlass vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger und im Königlichen Erlass vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger, insbesondere des Artikels 31 Absatz 1 Nr. 1;

Aufgrund des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte, insbesondere des Artikels 5 § 1 Absatz 4;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger, insbesondere der Artikel 12 bis 17, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 8. August 1997;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte, insbesondere der Artikel 2 bis 7;

Aufgrund der Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses des Landespensionsamtes vom 25. September 2006;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 11. Oktober 2006;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 21. Dezember 2006;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 42.129/1 des Staatsrates vom 1. Februar 2007, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Pensionen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL I — *Bestimmungen zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger*

Artikel 1 - Kapitel II Abschnitt 2 mit den Artikeln 12 bis 17 des Königlichen Erlasses vom 21. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 8. August 1997, wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Abschnitt 2 — Beantragung bei der Gemeinde

Art. 12 - Der Antrag wird vom Bürgermeister der Gemeinde, in der der Antragsteller seinen Hauptwohrtort hat, entgegengenommen.

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter «Bürgermeister» den Bürgermeister oder den von ihm beauftragten Beamten der Gemeindeverwaltung.

Art. 13 - Der Bürgermeister ist verpflichtet, die Pensionsanträge mindestens ein Mal pro Woche entgegenzunehmen.

Er informiert die Bürger über die Räumlichkeiten und die Öffnungszeiten für die Beantragung.

Art. 14 - Der Antragsteller ist verpflichtet, persönlich beim Bürgermeister vorstellig zu werden und im Besitz seines Personalausweises zu sein.

Er kann sich durch eine eigens zu diesem Zweck ermächtigte Person vertreten lassen. Diese Person muss volljährig und im Besitz des im vorhergehenden Absatz erwähnten Dokuments sowie ihres eigenen Personalausweises und einer dem Antrag beizufügenden Vollmacht sein.

Art. 15 - Wenn der Antragsteller oder sein Bevollmächtigter vorstellig wird, um einen Pensionsantrag einzureichen, erstellt der Bürgermeister unverzüglich einen elektronischen Antrag, dessen Muster und darin obligatorisch anzugebende Daten vom Landesamt bestimmt werden.

Dieser Antrag wird dem Landesamt unverzüglich unter Einhaltung des von ihm selbst vorgeschriebenen Verfahrens elektronisch übermittelt.

Das Landesamt schickt sofort eine für den Antragsteller oder seinen Bevollmächtigten bestimmte elektronische Empfangsbestätigung zurück, die das Datum der Einreichung des Antrags trägt.

Art. 16 - Wenn eine elektronische Beantragung nicht möglich ist, erstellt der Bürgermeister ein Dokument auf Papier, dessen Muster und darin obligatorisch anzugebende Daten vom Landesamt bestimmt werden.

Der Bürgermeister händigt dem Antragsteller oder seinem Bevollmächtigten eine Empfangsbestätigung aus, die das Datum der Einreichung des Antrags trägt.

Binnen drei Werktagen nach Erhalt des Antrags leitet der Bürgermeister den Antrag an den Hauptsitz des Landesamtes weiter.

Alle Anträge, die Teil einer selben Sendung sind, werden auf einem dem Bürgermeister vom Landesamt zur Verfügung gestellten Bordereau vermerkt. Das Bordereau wird in zweifacher Ausfertigung erstellt. Ein Exemplar wird dem Bürgermeister vom Landesamt als Empfangsbescheinigung zurückgeschickt.

Art. 17 - Der Bürgermeister darf sich in keinem Fall weigern, einen Antrag entgegenzunehmen.

Weder vor noch nach Erfüllung der Formalitäten für die Einreichung des Antrags darf der Bürgermeister dem Antragsteller, seinem Bevollmächtigten oder einer Drittperson das in Artikel 16 erwähnte Formular aushändigen.»

KAPITEL II — *Bestimmungen zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte*

Art. 2 - Kapitel II Abschnitt 1 mit den Artikeln 2 bis 7 des Königlichen Erlasses vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Abschnitt 1 — Beantragung bei der Gemeindeverwaltung

Art. 2 - Der Antrag wird vom Bürgermeister der Gemeinde, in der der Antragsteller seinen Hauptwohrtort hat, entgegengenommen.

Art. 3 - Der Bürgermeister ist verpflichtet, die Pensionsanträge mindestens ein Mal pro Woche entgegenzunehmen.

Er informiert die Bürger über die Räumlichkeiten und die Öffnungszeiten für die Beantragung.

Art. 4 - Der Antragsteller ist verpflichtet, persönlich beim Bürgermeister vorstellig zu werden und im Besitz seines Personalausweises zu sein.

Er kann sich durch eine eigens zu diesem Zweck ermächtigte Person vertreten lassen. Diese Person muss volljährig und im Besitz des im vorhergehenden Absatz erwähnten Dokuments sowie ihres eigenen Personalausweises und einer dem Antrag beizufügenden Vollmacht sein.

Art. 5 - Wenn der Antragsteller oder sein Bevollmächtigter vorstellig wird, um einen Pensionsantrag einzureichen, erstellt der Bürgermeister unverzüglich einen ihm vom Amt zur Verfügung gestellten elektronischen Antrag. Darin gibt er zumindest den Namen, den oder die Vornamen und das Geburtsdatum des Antragstellers, seine Erkennungsnummer beim Nationalregister der natürlichen Personen sowie das Datum des Antrags und das gewünschte Einsetzungsdatum an.

Dieser Antrag wird dem Amt unverzüglich unter Einhaltung des von ihm selbst vorgeschriebenen Verfahrens elektronisch übermittelt.

Das Amt schickt sofort eine für den Antragsteller oder seinen Bevollmächtigten bestimmte elektronische Empfangsbestätigung zurück, die das Datum der Einreichung des Antrags trägt.

Art. 6 - Wenn eine elektronische Beantragung nicht möglich ist, erstellt der Bürgermeister ein ihm vom Amt zur Verfügung gestelltes Dokument auf Papier. Darin gibt er zumindest den Namen, den oder die Vornamen und das Geburtsdatum des Antragstellers, seine Erkennungsnummer beim Nationalregister der natürlichen Personen sowie das Datum des Antrags und das gewünschte Einsetzungsdatum an.

Der Bürgermeister händigt dem Antragsteller oder seinem Bevollmächtigten eine Empfangsbestätigung aus, die das Datum der Einreichung des Antrags trägt.

Binnen drei Werktagen nach Erhalt des Antrags leitet der Bürgermeister den Antrag an den Hauptsitz des Landesamtes weiter.

Alle Anträge, die Teil einer selben Sendung sind, werden auf einem dem Bürgermeister vom Amt zur Verfügung gestellten Bordereau vermerkt. Das Bordereau wird in zweifacher Ausfertigung erstellt. Ein Exemplar wird dem Bürgermeister vom Amt als Empfangsbescheinigung zurückgeschickt.

Art. 7 - Der Bürgermeister darf sich in keinem Fall weigern, einen Antrag entgegenzunehmen.

Weder vor noch nach Erfüllung der Formalitäten für die Einreichung des Antrags darf der Bürgermeister dem Antragsteller, seinem Bevollmächtigten oder einer Drittperson das in Artikel 6 erwähnte Formular aushändigen.»

KAPITEL III — *Gemeinsame Bestimmungen*

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt am ersten Tag des vierten Monats nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 4 - Unser Minister der Pensionen ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 21. April 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Pensionen

B. TOBBACK

FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID, ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

N. 2008 — 1635

[C — 2008/12503]

23 APRIL 2008. — Koninklijk besluit tot wijziging van artikel 2, eerste lid, 14°, van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers (1)

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, inzonderheid op artikel 7, eerste lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, inzonderheid artikel 2, eerste lid, 14°, gewijzigd door het koninklijk besluit van 6 februari 2003;

Gelet op het advies van de Adviesraad voor de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, gegeven op 14 maart 2007;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 8 maart 2007;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid die gemotiveerd wordt door het feit dat het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen heeft geoordeeld in twee arresten (EHJ, 21 oktober 2004, Commissie/Groothertogdom van Luxemburg, C-445/03 en EHJ, 19 januari 2006, Commissie/Duitse Federale Republiek, C-244/04) dat het in strijd is met artikel 49 van het EG-Verdrag om aan dienstverleners die in een andere Lidstaat zijn gevestigd, voor werknemers die onderdanen zijn van een derde land en die zij willen detacheren, de voorwaarde van een werkvergunning op te leggen indien de gedetacheerde werknemers niet sinds minstens zes maanden in dienst zijn van de dienstverlenende onderneming, dat een overtredingsprocedure momenteel hangend is tegen de Belgische Staat ten einde de bepalingen met betrekking tot de detachering van werknemers die onderdaan zijn van derde landen in overeenstemming te brengen met artikel 49 EG, dat men derhalve artikel 2, eerste lid, 14°, van het voornoemd koninklijk besluit van 9 juni 1999 zo snel mogelijk moet wijzigen teneinde deze bepaling in overeenstemming te maken met het Europees Verdrag;

Gelet op het advies van de Raad van State nr. 44293/1 gegeven op 20 maart 2008, in toepassing van artikel 84, § 1e, 1e lid, 2°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI, TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

F. 2008 — 1635

[C — 2008/12503]

23 AVRIL 2008. — Arrêté royal modifiant l'article 2, alinéa 1^{er}, 14°, de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers (1)

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, notamment l'article 7, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, notamment l'article 2, alinéa 1^{er}, 14°, modifié par l'arrêté royal du 6 février 2003;

Vu l'avis du Conseil consultatif pour l'occupation des travailleurs étrangers, donné le 14 mars 2007;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 8 mars 2007;

Vu l'urgence motivée par le fait que la Cour de justice des Communautés européennes a jugé, dans deux arrêts (CJCE, 21 octobre 2004, Commission/grand duché de Luxembourg, C-445/03 et CJCE, 19 janvier 2006, Commission/République fédérale d'Allemagne, C-244/04) qu'il est contraire à l'article 49 du Traité CE d'imposer aux prestataires de services établis dans un autre Etat membre, qui souhaitent détacher des travailleurs ressortissants d'Etat tiers une exigence de permis de travail si les travailleurs détachés ne sont pas au service de l'entreprise prestataire de service depuis au moins six mois, qu'une procédure en infraction est actuellement pendante contre l'Etat belge afin que les dispositions relatives au détachement de travailleurs ressortissants de pays tiers soient conformes au prescrit de l'article 49 CE, qu'il faut dès lors modifier le plus rapidement possible l'article 2, alinéa 1^{er}, 14°, de l'arrêté royal du 9 juin 1999 précité afin de rendre cette disposition conforme au Traité européen;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 44293/1 donné le 20 mars 2008, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;